Vom mühsamen Neubeginn nach dem Krieg

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 10. März 2016

Wer die Fernsehbilder aus Syrien oder Libyen sieht, der kann sich kaum vorstellen, wie einmal aus diesen Trümmern eine neue Gesellschaft und ein Neuaufbau auch in ganz handfestem Sinne entstehen könnte. Dazu sei ein Rückblick auf das Jahr 1945 in Deutschland erlaubt. Vor gut sieben Jahrzehnten sahen unsere Städte auch so aus, vielleicht noch stärker zerstört, und auch hier gab es Hunger und Tod und vor allem viele traumatisierte Kinder und Erwachsene.

Gefangene deutsche Soldaten im April 1945 auf einer Wiese in Ennepetal. (Foto: Stadtarchiv Ennepetal)

Natürlich war die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnungen zunächst das größte Problem. Die Besatzungstruppen organisierten die Grundversorgung, wenn auch nicht überall erfolgreich, und außerdem funktionierte der Schwarzmarkt sehr schnell – nach dem Motto: Schattenwirtschaft ist auch eine Wirtschaft.

Unbelastete Männer

Politisch sorgten sich die Alliierten sofort um die Verdrängung der faschistischen Strukturen und Ideologie. Beim Vormarsch setzten sie in allen befreiten Gemeinden unbelastete Deutsche als Bürgermeister oder Gemeindevorsteher ein. Teilweise brachten sie diese Kandidaten sogar schon mit. Außerdem entstanden in vielen Städten unmittelbar nach der Befreiung die sogenannten „antifaschistischen Ausschüsse“, die sich um die Installation einer demokratischen Selbstverwaltung kümmerten.

Am Beispiel des Amtes Milspe-Voerde, der späteren Stadt Ennepetal, kann man das weitere Vorgehen aufzeigen: Der von den Amerikanern bestimmte Amtsbürgermeister, ein von den Nazis 1933 entlassener Sozialdemokrat, setzte drei Monate nach dem Ende der Diktatur einen „Amtsausschuss“ ein, dem ausschließlich unbelastete Männer angehörten. Dieser Ausschuss organisierte den Neuaufbau der Verwaltung und war bis Herbst 1946 im Amt, denn die alliierte Militärverwaltung hatte in der Zwischenzeit die Neu- oder Wiedergründung demokratischer Parteien zugelassen.

Wahlbeteiligung bei 80 Prozent

Am 15. September 1946 gab es dann in der Britischen Zone auf kommunaler Ebene die ersten freien Wahlen seit dem Ende des NS-Regimes. Im Amt Milspe-Voerde, unserem Beispiel, erhielt die SPD 18 Sitze, die CDU bekam drei Sitze, die FDP 2 und die KPD einen Sitz. Die 24 Sitze entfielen ausschließlich auf Männer. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 80 Prozent.

Zwei Jahre später, am 17. Oktober 1948, gab es die zweite Wahl, und in der erhielt im Amt Milspe-Voerde die FDP mit sieben Sitzen die selbe Anzahl an Mandaten wie die CDU, und die Liberalen stellten sogar danach den Bürgermeister, der wegen des Patts in der Amtsvertretung per Los ins Amt kam.

Von „unbelasteten“ Personen konnte man da aber nicht mehr sprechen, denn dieser FDP-Bürgermeister Dr. Fritz Textor war

seit 1933 in der SA und seit 1937 in der NSDAP und ein aktiver Unterstützer der NS-Ideologie gewesen. Trotzdem widmete ihm der Rat der Stadt Ennepetal später eine Straße. Ein „Neuaufbau“, wie er in vielen Städten unseres Landes abgelaufen ist.

Heute vor 80 Jahren entstand der Ein-Parteien-Staat der Nazis auch offiziell

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 10. März 2016

Jahrestage sind immer wieder ein Grund zum Nachdenken – zum Beispiel auch dieser 1. Dezember. Heute vor acht Jahrzehnten wurde der Ein-Parteien-Staat in Deutschland, also die absolute Herrschaft der NSDAP, durch ein scheinbar legal entstandenes Gesetz auch offiziell besiegelt.

Als die letzten noch einigermaßen freien Reichstagswahlen vom 5. März 1933 ausgezählt waren, da hatten die Nazionalsozialisten – entgegen ihren eigenen Erwartungen – mit ungefähr 44 Prozent der gültigen Stimmen die absolute Mehrheit verfehlt. Hitler und seine Partei ergriffen daraufhin illegale Mittel: Kommunustische Reichstags-Abgeordnete wurden unter Vorwänden (unter anderem der Reichstagsbrand) verhaftet, und als es im Parlament am 24. März 1933 zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz kam, da stimmten nur noch die Sozialdemokraten dagegen. Auch die bürgerlichen Abgeordneten, darunter auch der spätere Bundespräsident Theodor Heuß, gaben Hitler den erwünschten Freibrief und sorgten so für die formal erforderliche Zweidrittelmehrheit.

In der Folge hatte sich das Parlament selbst entmachtet, und

alle Parteien außer der NSDAP wurden verboten. Auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter kamen in „Schutzhaft“ oder ins Konzentrationslager, und die SPD-Parteiführung floh nach Prag ins Exil. Nach der Besetzung der Tchechoslowakei durch die deutsche Wehrmacht im Jahre 1938 musste der SPD-Vorstand auch aus Prag flüchten, der Exilort war nun bis zum Kriegsende die britische Hauptstadt London.

Was nach der Machtübernahme zunächst nur aufgrund von Verordnungen oder Einzelaktionen örtlicher SA- und NSDAP-Organen an Verfolgung veranstaltet worden war, das wurde nun zum Jahresende 1933 durch ein scheinbar ordnungsgemäßes Gesetz abgesichert: Adolf Hitler als Reichskanzler unterzeichnete das am 1. Dezember 1933 von der Reichsregierung beschlossene „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ noch am folgenden Tag. Dadurch wurde die NSDAP als „Trägerin des deutschen Staatsgedankens“ definiert, „der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA wurden per Amt Mitglieder der Reichsregierung“ (Wikipedia). Der Ein-Parteien-Staat, die absolute Diktatur, hatte nun auch einen formalen Rahmen und nutzte diesen auf schreckliche Weise aus.

Bereits am 2. Dezember 1933 wurde das Gesetz im Reichsgesetzblatt Nr. 135 veröffentlicht, und die alliierten Siegermächte hoben es nach dem Ende des Weltkrieges durch das Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20. September 1945 wieder auf. Das „Tausendjährige Reich“ hatte nur zwölf Jahre gehalten und in dieser Zeit unsäglichen Terror gebracht, nun konnte die Rückkehr zur Demokratie beginnen.

Vor acht Jahrzehnten in Ennepetal: Schüsse und Verletzte zur Machtübergabe an Hitler

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 10. März 2016

Am 30. Januar 1933, vor acht Jahrzehnten, machte der alte Soldat und Reichspräsident Hindenburg den Anführer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Hindenburg und seine rechtsnationalen Freunde glaubten, diese Meute im Griff zu haben, doch in Wirklichkeit bedeutete die Machtübergabe den Beginn der schlimmsten Diktatur der europäischen Geschichte.

Hitler und Hindenburg in Potsdam.

Im ganzen deutschen Reich wurde noch am Abend des 30. Januar der Machtwechsel mit Fackelzügen gefeiert. Aber auch Gegner der von diesen damals schon so bezeichneten „Hitler-Papen-Diktatur“ waren noch aktiv, wie das Beispiel der kleinen Stadt Ennepetal zeigt. Die „Milspe-Voerder Zeitung“ (MV) berichtete am Nachmittag des 31. Januar 1933: „Heute in aller Frühe zog ein Sprechchor durch die Straßen. Vermutlich handelte es sich um Anhänger einer Linkspartei, die Niederrufe auf die neue Regierung Hitler erklingen ließen.“

Die Lage wurde aber dramatischer, als am 2. Februar auch Schusswaffen ins Spiel kamen. Die MV-Zeitung schrieb am Tag danach: „Eine Prügelei entstand gestern Mittag zwischen politischen Gegnern hinter dem Amtsgebäude, wobei ein Anhänger der NSDAP bedrängt wurde und eine Schusswaffe zog, worauf er von der herbeieilenden Polizei in Schutzhaft genommen wurde. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, doch konnte die Polizei im Verein mit dem alarmierten Schwelmer Überfallkommando die Ordnung aufrechterhalten“.

Nicht berichtet wurde in der Zeitung, was sich in den Akten über schwere Unruhen mit drei Schwerverletzten am Tag nach der Machtübergabe in Gevelsberg und Milspe (heute Ennepetal) abspielte: Ein Demonstrationszug mit NSDAP-Anhängern sowie SA- und SS-Leuten hatte sich am Abend des 1. Februar von Gevelsberg aus in Bewegung gesetzt und war in Richtung Milspe gezogen. Gegen 22.40 Uhr kam er in Milspe an und wollte nach links in Richtung Voerde abbiegen. Den Schluss bildete eine SA-Gruppe. „Plötzlich fielen drei Schüsse kurz hintereinander“, heißt es im Polizeiprotokoll. „Die Menge stob auseinander. Die Polizeibeamten, und zwar nur zwei, liefen zurück und fanden ein Gewoge auf der Straße, das sie alleine nicht beherrschen konnten.“ Drei Verletzte wurden sofort in eine benachbarte Arztpraxis geschleppt. Weil sich vor Ort nicht habe klären lassen, ob die Schüsse aus dem Zug heraus oder vom Publikum am Straßenrand ausgegangen seien, „konnten irgendwelche Ermittlungsmaßnahmen nicht getroffen werden“, heißt es in den Akten. Jedenfalls wurden der Sozialdemokrat Thomas Drabent, der christliche Arbeiter Karl Grothe und der Kommunist Hermann Schott durch Schüsse schwer verwundet.

Am Tag danach kursierte ein Flugblatt: „Arbeiterblut floss in Milspe! Das ist der Auftakt der Hitler-Papen-Diktatur! Die SA räumt mit der Pistole in der Hand die Straße“. Eine für den Nachmittag angekündigte Demonstration der KPD gegen „die braunen Mordbanden“ wurde von der Polizei jedoch verboten. Die NSDAP erklärte in einem Brief an die Zeitung unter der

Überschrift „Kommunistische Mordhetze fordert drei Opfer“, dass „die zaghafte Behandlung dieses … verführten Untermenschentums ein Ende haben muss.“ Wenige Wochen später wurden die Gemeinderatsmitglieder der KPD und einige Sozialdemokraten verhaftet, die NSDAP sicherte sich auch vor Ort die Macht.

Beispiel Ennepe-Ruhr-Kreis: Wie vor acht Jahrzehnten die erste deutsche Demokratie unterging

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 10. März 2016

Nun sind schon fast achtzig Jahre vergangen, seit in Deutschland die erste Demokratie gescheitert oder besser verraten worden ist. Was damals, im Winter 1932/33 los war, kann heute fast niemand mehr erzählen. Die damals jungen Menschen sind inzwischen fast alle tot. Aber es gibt ja andere Quellen der Warnung.

Die Gevelsberger Einkaufstraße

hieß schon bald Adolf-Hitler-Straße.

Die NSDAP und ihre SA fanden nicht nur in den Großstädten immer mehr Anhänger, sondern auch in Kleinstädten wie Gevelsberg im Ennepe-Ruhr-Kreis. Dort war traditionell die linke Arbeiterbewegung stark, der Metallarbeiterverband und die Kommunistische Partei bestimmten zunächst die Politik auf der Straße und in den Gaststätten, bevor die SA auftrat. Im Mai 1931 gab es im Saal Buschmann die erste „Saalschlacht“ zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern, und zahlreiche weitere folgten.

Die Polizei kam meistens zu spät und war dann großen Gefahren ausgesetzt, im Nachbarort Milspe wurde bei einer solchen Gelegenheit ein Teilnehmer erschossen. Auch Brandanschläge auf Parteibüros oder Wohnungen prominenter politischer Gegner häuften sich. Vor allem nach Aufhebung des Uniformverbots im Sommer 1932 durch die im Putsch ausgetauschte preußische Regierung eskalierten die Auseinandersetzungen. Eine NSDAP-Kundgebung mit Dr. Goebbels am 11. Juli 1932 in Hagen zum Beispiel wurde von KPD-Anhängern massiv gestört, genauso wie umgekehrt die KPD-Kundgebung am Tag danach mit Ernst Thälmann in Elberfeld durch die Nationalsozialisten.

Überliefert sind auch Drohbriefe der Nazis gegen demokratische gewählte Bürgermeister wie Konrad Rappold in Gevelsberg. Seine Stadt war, wie die meisten anderen auch, durch die wirtschaftliche Lage in einer schlimmen Situation: 1932 wurden bereits 56 Prozent der Gevelsberger Bevölkerung mit öffentlichen Mitteln unterstützt, vor allem durch Mietbeihilfen. Die KPD im Stadtrat agierte mit populistischen Anträgen und organisierte schließlich, wie in Nachbarstädten auch, einen „Hungermarsch“ mit anschließendem Rathaussturm. Mit dabei waren auch zahlreiche Kinder.

Interessant ist die Entwicklung der „weltlichen Schule“, die

auf Druck der Kommunisten im November 1920 wegen der Gesetzeslage an der Mittelstraße errichtet wurde. Ausgerechnet diese allgemeinbildende Schule ohne Religionsunterricht wurde nach und nach von nationalsozialistischen Lehrern „unterwandert“. Obwohl die Lehrer auf die Verfassung vereidigt wurden, würden die Schüler nun gegen die Republik erzogen, erklärte ein Stadtverordneter damals in einem offenen Brief an die Lokalzeitung.

Das alles war wenige Wochen vor dem berüchtigten 30. Januar 1933, an dem der rechtsnationale Reichspräsident Hindenburg den Nationalsozialisten die Macht übergab und Hitler zum Reichskanzler machte.

Entnazifizierung im Revier: „Darum war ich in der Partei“

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 10. März 2016

Über die Befreiung des Ruhrgebiets vom Nationalsozialismus durch alliierte Truppen habe ich hier vor einiger Zeit einige Hintergründe dargelegt. Nun soll es um die Entnazifizierung nach 1945 gehen.

Wenn die Amerikaner und ihre Verbündeten eine Stadt oder Gemeinde befreit hatten, dann setzten sie in der Regel sofort einen unbelasteten Bürgermeister ein. Manchmal brachten sie ihn sogar mit. Gleichzeitig hatten sie genaue Vorstellungen über die geplante „Denazification“. Noch vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht hatten die Besatzungsmächte am 25. April dazu eine Direktive erlassen, die vor Ort durch provisorisch eingerichtete Behörden und den Militärkommandanten umgesetzt wurde. In der britischen Zone, zu der auch das Ruhrgebiet gehörte, arbeitete die

Besatzungsmacht mit einem Skalensystem von 1 bis 5. Die Kategorien 1 und 2 landeten vor Spruchgerichten. Dazu gehörten insbesondere Angehörige der verbrecherischen NS-Organisationen wie SS, Waffen-SS und des SD. Später kam die Unterscheidung zwischen A und B hinzu, nach welchen Kriterien Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus „finanziellen Unternehmen“ vorzunehmen seien. Wer unter A fiel, gehörte zu den „zwangsweise zu entlassenden Personen“. Solche Listen gab es wenige Wochen nach Kriegsende auch für Journalisten.

Wie das im Revier praktisch ablief, zeigen die Erlasse des Regierungspräsidenten in Arnsberg. Am 3. Juni 1945 verlangt er, dass sich die noch vorhandenen Mitglieder der Ortsgruppenstäbe der aufgelösten NSDAP „unter Aufsicht zu versammeln“ haben. An Ort und Stelle musste dann eine Liste aller ehemaligen männlichen und weiblichen Mitglieder der NSDAP in der jeweiligen Gemeinde angefertigt werden. Die beteiligten Funktionäre mussten eine eidesstattliche Erklärung abgeben, außerdem waren die Parteimitglieder nach dem Grund ihres Eintritts in die NSDAP zu befragen. Am 15. Juni seien die Listen abzugeben, eine Abschrift erhielt der Militärkommandant, bei wahrheitswidrigen Angaben drohte „strengste Bestrafung“.

Für das damalige Amt Milspe-Voerde – heute das Gebiet der Stadt Ennepetal – sind im Stadtarchiv diese Listen der einzelnen Ortsgruppen, nach Zellen geordnet, erhalten geblieben. Daraus ergibt sich zum einen, wie stark die Bevölkerung mit Funktionären der NSDAP und ihrer Gliederungen durchsetzt war, und zum anderen, wie feige die Menschen nach der Befreiung mit ihrer persönlichen Geschichte umgingen. Als Gründe für den Parteieintritt am häufigsten genannt wurden: Zwang der Behörden, Überredung durch die eigenen Kinder, Übernahme durch den BDM, wegen der Arbeitsstelle, wegen langjähriger Erwerbslosigkeit, Überredung durch die Frauenschaftsleiterin, aus taktischen Gründen (sehr oft genannt), wegen Aufforderung durch den Ortsgruppenleiter, um

den Ehemann vor Angriffen seitens der Partei zu schützen, weil man es für einen guten Zweck hielt, um eine sichere Existenz zu bekommen, aus geschäftlichen Gründen, um im Beruf zu bleiben, weil man ohne Wissen übernommen worden sei.

Seltener werden die Gründe genannt, die wahrscheinlich für die meisten ehemaligen Parteimitglieder eher zutrafen: aus politischer Dummheit (mehrfach genannt), aus Überzeugung (nur wenige Nennungen), weil man Fanatiker war oder einfach „aus Dummheit“.
Einige Befragte machten auch persönliche Angaben: Ein Gastwirt sei nur eingetreten, um eine Konzession zu bekommen, ein anderer war Blockwart und eingetreten, „um meine Familie zu schützen“, ein dritter war körperbehindert und fühlte sich gezwungen, der Partei beizutreten, ein vierter sei „nur auf Anordnung des Dienstvorgesetzten“ beigetreten. Ein Unternehmer schrieb: „Weil ich im Anfang die Sache für gut und ehrlich hielt.“

Wie man sieht, wurde in den meisten Fällen der Parteieintritt als unausweichlich dargestellt. Einige ehemalige NSDAP-Mitglieder versuchten in dieser Befragung sogar, einen angeblichen Austritt zu konstruieren. Ein Unternehmer aus Gevelsberg schrieb, er sei im August 1944 aus der Partei ausgetreten, und das habe er auch in einem Schreiben am 10. Mai 1945 dem Herrn Amtsbürgermeister mitgeteilt. Zu dem Zeitpunkt war das Ruhrgebiet jedoch bereits mehrere Wochen besetzt, und das Deutsche Reich hatte am 8. Mai bedingungslos kapituliert.

Warum sich zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch engagierte Christen dem verbrecherischen Regime widersetzten und dafür Verfolgung und Tod in Kauf nahmen, die meisten Bürger der Hitler-Partei jedoch mit Überzeugung nachrannten, das bleibt ein großes Rätsel. Wenn man den persönlichen Notizen im Ennepetaler Stadtarchiv glaubt, dann waren es überwiegend sehr egoistische Motive – ohne Rücksicht auf die angekündigten Opfer.

Feierstunde zur Gründung der Stadt Ennepetal 1949